

Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Meyer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Stellenwert hat der Schutz von Flüchtlingen in Thüringen?

Der Landrat des Wartburgkreises, Herr Krebs, hat zwei NPD-Politikern für den 8. November 2012 den Besuch der Flüchtlingsunterkunft in Gerstungen gestattet.

Erst vor wenigen Wochen hatten Mitglieder der NPD vor dem Thüringer Landtag die angemeldete Kundgebung von Flüchtlingen erheblich gestört und zu kreativem Protest gegen diese aufgerufen.

Zur Flüchtlingsunterbringung in Thüringen hatte sich der Landesvorsitzende der NPD, Patrick Wieschke, am 20. Juni 2012 in seiner Pressemitteilung, die sich auf der Homepage der NPD Thüringen findet, wörtlich wie folgt geäußert:

Zitat: "Den Katzenjammer um die Unterbringung der Asylbewerber in Thüringen kann schon kein Mensch mehr hören. Die Einwanderer in unser Sozialsystem sollten sich ernsthaft vor Augen führen, aus welchen Zuständen sie hierhergekommen sind. Statt sich auf unsere Kosten hier im Vergleich fürstlich alimentieren zu lassen, sollten sie stattdessen lieber freiwillig ausreisen und in ihrer Heimat aufräumen und für gewünschte Zustände sorgen. (...) Ich würde mir wünschen, die Deutschen würden sich endlich wieder, wie beispielsweise nach der Wende, aktiv gegen die Fremden wehren, die unserem Land nichts nützen." (Zitat Ende).

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch wertet die Landesregierung das Recht von Kreistagsmitgliedern, kommunal finanzierte Einrichtungen zu besuchen, in der Abwägung mit der Fürsorgepflicht für die in Thüringen Schutzsuchenden Betroffenen?
2. Welchen Stellenwert haben für die Landesregierung Schutzrechte von Flüchtlingen in Thüringen vor dem Hintergrund der o. g. Ausführungen von Herrn Wieschke und dem Besuchsansinnen der NPD-Mitglieder in der o. g. Flüchtlingsunterkunft?
3. Wird sich die Landesregierung dafür stark machen, dass dieser Besuch von NPD-Mitgliedern nicht stattfindet und wenn nein, warum nicht?

4. Kann und darf es Menschen zugemutet werden, dass sie mit der menschenverachtenden Ideologie der NPD in ihrer kaum vorhandenen Privatsphäre heimgesucht werden und wenn nicht, was unternimmt die Landesregierung dagegen?

Meyer